

Volkskammer
der
Deutschen Demokratischen Republik
10. Wahlperiode

Drucksache Nr. 132

F r a g e n

für die Fragestunde der 23. Tagung der Volkskammer
am Donnerstag, dem 12. Juli 1990

Vereichnis der Fragenden:

Abgeordnete	Nummer der Frage
Dr. Dagmar Enkelmann (PDS)	1, 9
Eva-Maria Förrtsch (PDS)	7
Klaus Höpcke (PDS)	10, 11
Dr. Walter Möbus (CDU/DA)	8
Bernd Meier (PDS)	5
Lothar Meier (PDS)	4
Jürgen Seidel (CDU/DA)	3
Dr. Fritz Schumann (PDS)	3
Solveig Wegener (PDS)	2

Geschäftsbereich des Ministers für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft

1. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
PDS-Fraktion

Bisher ist es den Verantwortlichen der LPG Klosterfelde (Kreis Bernau) nicht gelungen, mit dem Getreidewirtschaftsbetrieb Eberswalde einen Vertrag über die Abnahme der Ernte abzuschließen.

Wie wird der Absatz von Getreide, vor allem Roggen, gesichert?
2. Abgeordnete
Solveig Wegener
PDS-Fraktion

Handelt es sich bei dem vorgesehenen Agrarhaushalt für das 2. Halbjahr 1990 und das Jahr 1991 wirklich nur um einen sehr angespannten Finanzrahmen - wie Sie in der Volkskammer ausführten -, oder ist die Schwelle zwischen hohem Anpassungsdruck und ökonomischem Ruinierungskonzept der DDR-Landwirtschaft bereits überschritten? Sie wissen sehr genau, daß jede Verhandlungsrunde in Bonn Kürzungen der Mittel im Agrarbereich erbrachte. Allein in unserem Ausschuß wurden durch Vertreter Ihres Ministeriums innerhalb von vier Wochen zwei Finanzrahmen unterbreitet, von denen der letztere um eine Milliarde 263 Millionen DM kleiner ausfällt. Ich bitte um eine nüchterne Einschätzung der Lage und der daraus resultierenden Schlußfolgerungen der Regierung.
3. Abgeordneter
Dr. Fritz Schumann
PDS-Fraktion

Reichen die für das 2. Halbjahr 1990 und für 1991 bekanntgegebenen Marktordnungskosten tatsächlich aus, um den DDR-Landwirtschaftsbetrieben mindestens das Erzeugerpreisniveau der BRD zu sichern? Diese Fragestellung resultiert daraus, daß ein Vergleich der Marktordnungskosten mit der BRD folgendes ergibt: Bezogen auf den Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche belaufen sich die Marktordnungskosten der DDR im 2. Halbjahr 1990 auf lediglich zwei Drittel des BRD-Niveaus und 1991 sogar auf nur die Hälfte. Berücksichtigt man das höhere Produktionsniveau der BRD, zeigt der Bezug auf eine Getreideeinheit Bodenbruttoproduktion ebenfalls, daß für die DDR-Landwirtschaft geringere Mittel vorgesehen sind, und zwar im 2. Halbjahr 61 % und im Jahre 1991 83 % der BRD-Mittel je Getreideeinheit.

4. Abgeordneter
Lothar Meier
PDS-Fraktion

Der Ausschuß Ernährung, Land- und Forstwirtschaft wurde sowohl durch Vertreter Ihres Ministeriums (Herr Peter Freitag) wie auch des Amtes für landwirtschaftliche Marktordnung darüber informiert, daß die EG die Garantieschwelle für Getreide von 160 Mio Tonnen auf 172,5 Mio Tonnen aufstockt, um die DDR-Produktion mit 12,5 Mio Tonnen angemessen zu berücksichtigen. Demgegenüber ist in "Agra-Euro Nr. 26 vom 25. Juni 1990 nachzulesen, daß die Brüsseler EG-Kommission "Nicht sehr viel mehr als 8,5 Mio Tonnen für die DDR ansetzen könnte."

Da von der Garantiemenge Getreide ganz wesentlich die Ökonomie der Landwirtschaftsbetriebe und damit die Einkommen der Bauern bestimmt werden, frage ich wie hoch ist die Garantieschwelle für Getreide tatsächlich?

5. Abgeordneter
Bernd Meier
PDS-Fraktion

Nach Inkrafttreten des Staatsvertrages sollten für bekannte Produkte der Landwirtschaft garantierte Mindestpreise wirken. Diese Preise liegen unter der in der BRD üblichen Preisen und sichern den Betrieben der Landwirtschaft in der DDR ohnehin kaum eine Überlebenschance. Nach Ablauf der ersten Woche müssen wir jedoch feststellen, und dazu liegen unserer Fraktion mündliche und schriftliche Informationen vor, daß die gegebenen Mindestpreisgarantien nicht eingehalten werden. So wurde Milch zum Teil gar nicht bestellt, Schweine und Rinder wurden nicht abgenommen, die Schlachtung stillgelegt und deutlich niedrigere Preise gezahlt. Was gedenkt die Regierung und namentlich das Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft in Verbindung mit dem Ministerium für Handel und Tourismus zu unternehmen um schnellstens eine Veränderung der Situation herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Ministers der Finanzen

6. Abgeordneter
Jürgen Seidel
CDU/DA-Fraktion

Mehrfach wurde über die Medien berichtet, daß die Finanzierung der Volkssolidarität im 2. Halbjahr 1990 nicht gesichert ist. Daraus wird seitens der Volkssolidarität abgeleitet, daß die bisherigen Leistungen gegenüber den älteren Bürgern nicht mehr erbracht werden können.

Ist diese Situation dem Finanzministerium bekannt, trifft sie in der genannten Weise zu und was ist dann im Sinne der Unterstützung der älteren Bürger entschieden?

Geschäftsbereich des Ministers für Familie und Frauen

7. Abgeordnete
Eva-Maria Förtsch
PDS-Fraktion

In der "Welt" vom 5. 7. 1990 wurde veröffentlicht, daß Sie, Frau Minister, Ihren Standpunkt zur Übernahme der Fristenregelung zum Schwangerschaftsabbruch revidiert hätten. Sie würden mit Hinweis auf das abschlägige Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Fristenregelung für "nicht mehr diskussionsfähig" halten.

1. Stimmt diese Meldung und haben Sie die DDR-Fristenregelung zu den Akten gelegt?
2. Wenn ja: Welche Gründe über den juristischen Rat der alten Männer in Bonn hinaus haben Sie zu diesem Sinneswandel veranlaßt?
3. Wie soll Ihrer Meinung nach das Modell für den Schwangerschaftsabbruch im geeinten Deutschland aussehen?

Geschäftsbereich des Ministers für Gesundheitswesen

B. Abgeordneter
Dr.-Ing. Walter Möbus
CDU/DA-Fraktion

Welche Perspektive kommt dem vorhandenen Netz von Fürsorge- und Beratungsstellen im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens unter Beachtung der künftigen Bedarfssituation zu?

Wird dem bisher auf diesem Sektor langjährig tätigen Personal die Möglichkeit einer Nachgraduierung mit dem Ziel des umfassenden Einsatzes z. B. als Sozialarbeiter eingeräumt?

Geschäftsbereich des Ministers des Innern

Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
PDS-Fraktion

Wer ist der neue Rechtsträger des Schlosses Damms-
mühle im Kreis Bernau (ehemaliges Objekt des MfS)?
Wird eine Übertragung an die Gemeinde befürwortet?

(Bitte rasche schriftliche Beantwortung, da sich die
Gemeindevertretung bereits Anfang Juni an die Regie-
rung gewandt hat, ohne bisher Antwort erhalten zu
haben!)

Geschäftsbereich des Ministers für Kultur

10. Abgeordneter
Klaus Höpcke
PDS-Fraktion
- Wie steht es um die Vorschläge und Gedanken einer Kulturunion im Vorfeld der deutschen Einheit?
11. Abgeordneter
Klaus Höpcke
PDS-Fraktion
- Die Rücknahme bzw. Streichung der zugesagten finanziellen Mittel für die Künstlerverbände bedeutet die schlagartige Demontage ihrer Arbeit.
- Gibt es Überlegungen zur Finanzierung für eine Übergangszeit bis zur Bildung der Länder und welche Überlegungen gibt es für das Erhalten der Fachzeitschriften der Verbände?

Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft

12. Abgeordneter
Dr. Hans-Gerd Glück
PDS-Fraktion

Handwerk und Gewerbe sollen sich in der Entwicklung der Marktwirtschaft in der DDR zu einem starken Wirtschaftsbereich herausbilden. Besonders die Schaffung von etwa 500.000 Arbeitsplätzen im Mittelstandsbereich verdeutlicht diese Dimension. Starke Beunruhigung kursiert im Handwerk und Gewerbe, da vielen Betrieben Pacht- und Mietverträge für Gewerberäume und Gewerbeflächen gekündigt werden. Hiermit wird den Förderungsmaßnahmen direkt entgegengewirkt. Herr Minister, sind Maßnahmen angedacht, die verhindern, daß diese Kündigungen die Existenzsicherheit der Handwerks- und Gewerbebetriebe gefährden?